

RES-e Regions / WP3 Erste Aktivitäten: RES e in Gemeinden

Einführung: Die deutschen Rahmenbedingungen

Seit der Novellierung des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) im August 2004 sind die Bedingungen für nahezu alle Technologien zur "grünen" Stromerzeugung relative gut. Daher sind die wirtschaftlichen Bedingungen grundsätzlich positiv. Andererseits wächst aber auch der öffentliche Widerstand gegen Regenerativanlagen, vor allem gegen Windenergie. Als eine saarländische Spezialität kann ferner der Protest gegen eine 4 MW Fotovoltaikanlage auf einer Freifläche angesehen werden. Deren Bau wurde vom zuständigen Gemeinderat vor einigen Monaten verhindert. Dies sind die allgemeinen Rahmenbedingungen, die man im Saarland zu Beginn der Befragung vorfindet.

Im ganzen Saarland gibt es 52 Kommunen. Die kleineren haben zwischen 10 und 20 Tausend Einwohner. Daneben gibt es etwas größere Städte mit 20 bis 50.000 Einwohnern und die Landeshauptstadt Saarbrücken mit 180.000 Einwohnern. Für die Interviews wurden diejenigen Gemeinden ausgesucht, die zuvor ihre Teilnahme am kommunalen Wettbewerb „Erneuerbare Landesliga“ erklärt hatten. Inzwischen machen 13 Gemeinden beim Wettbewerb mit, was mehr als 25% aller Gemeinden entspricht. Unter diesen sind alle Arten saarländischer Gemeinden vertreten, das heißt eher ländlich und industriell strukturierte, sowie kleine und größere einschließlich der Landeshauptstadt Saarbrücken. 11 Interviews wurden im persönlichen Gespräch mit den Energie- und/oder Umweltbeauftragten der Gemeinden, manchmal auch mit Mitarbeitern von Bauämtern geführt

MEINUNG

Allgemeine Meinung der Lokalverwaltungen

Im allgemeinen stehen die befragten Personen erneuerbaren Energien positiv gegenüber und möchten deren Anteil noch erhöht sehen. Selbstverständlich standen alle Interviewpartner der Fotovoltaik sehr positiv gegenüber. Einige hatten jedoch Vorbehalte gegen Windenergie. In einer Kommune gab es Geruchsprobleme mit einer Biogasanlage. Demzufolge würde der Interviewpartner diese Technik nur dann akzeptieren, wenn alle Anforderungen des betreffenden Bauamts vollständig erfüllt werden.

Meinung zu einzelnen Technologien

Im Allgemeinen befürworten alle Interviewpartner fast alle Arten erneuerbarer Energien.

Ein allgemeiner, zu erwartender Vorbehalt gegen Windenergie konnte nicht ausgemacht werden. Einige Interviewpartner standen der Windenergie nicht so positiv gegenüber. Dies jedoch nicht aus emotionalen Gründen, da es keine Windparks in ihrer Umgebung gab, sondern weil die Windverhältnisse als im Saarland generell zu schlecht für einen wirtschaftlichen Betrieb angesehen werden.

Ein Gesprächspartner war gegen Biogas, bevor die Geruchproblematik nicht vollständig gelöst war. Aber im Allgemeinen befürwortete auch dieser Gesprächspartner Biogasanlagen.

Auffällig war, dass es keine größeren Vorbehalte gegen große Holzvergaseranlagen gab, denn in 2004 wurde eine 20 MWel Anlage im nördlichen Saarland durch eine Bürgerinitiative verhindert. Möglicherweise haben die meisten Menschen die Bedeutung von Holzenergie in diesen Dimensionen nicht erkannt. In der interviewten Gruppe konnten jedenfalls keine größeren Widerstände gegen Holz BHKW ausgemacht werden.

Alle befragten Personen äußerten sich sehr vorteilhaft über Fotovoltaikanlagen auf Dächern und sahen auch keine Vorbehalte gegen deren Installation auf Freiflächen.

In Bezug auf Wasserkraftanlagen waren die ökologischer orientierten Personen etwas skeptisch, da sie Nachteile für die Natur befürchteten. Aber nachdem geklärt werden konnte, dass die Fischbestände in solchen Fällen nicht gefährdet waren, verloren auch diese Personen ihre skeptische Haltung zusehends und legten eine eher positive Einstellung an den Tag.

Öffentliche Meinung, wie sie von den lokalen Verwaltungen empfunden wird

Für viele Gesprächspartner war es nicht so einfach, auf diese Frage zu antworten, da sie nicht die Meinung all ihrer Bürgerinnen und Bürger kannten. Ein Grund könnte sein, dass es in den Gemeinden keine Probleme mit Technologien zur regenerativen Stromerzeugung gab. Außerdem gab es in den befragten Kommunen keine speziellen Diskussionen hierüber. Einige Gemeindevertreter glauben, dass die meisten Leute überhaupt keine Meinung zu regenerativen Energien haben. Daher erwarten sie keinen Widerstand. Die meisten ziehen folgende Schlüsse zur öffentlichen Meinung über regenerative Energietechnologien:

- Fotovoltaik wird allgemein und überall als sehr positiv angesehen

- Bei Teilen der Bevölkerung wird Windenergie etwas kritisch gesehen. In einer Gemeinde war der Bürgermeister für die Errichtung eines Windparks auch aus ökonomischen Erwägungen, aber hatte in diesem Fall gegen die Mehrheit der eigenen Partei zu kämpfen.
- Wasserkraft wurde mit einer Ausnahme (ein Fischer!) als sehr positiv bewertet.
- Biogas wurde nur in der einen Gemeinde, in der schlechte Erfahrungen gemacht wurden, abgelehnt. Alle anderen schätzen auch hier eine positive Grundhaltung in der Bevölkerung
- Positiv wurden auch kleinere Holz BHKWs (< 5 MWel) beurteilt.

ERFAHRUNGEN UND PROJEKTE

Erfahrungen mit Anlagen zur regenerativen Stromerzeugung

Fast die Hälfte aller Gemeinden können auf eigene Erfahrungen mit Fotovoltaikanlagen auf ihren Dächern zurückgreifen. Diese hohe Zahl solcher Anlagen erklärt sich aus einem speziellen Saarländischen Förderprogramm für Gemeinden, um 1 kW Anlagen auf Schulgebäuden zu errichten.

Eine Besonderheit gibt es in drei Gemeinden, in denen Dachflächen, für Investoren kostenlos (so in Saarbrücken) oder gegen eine geringe Miete zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Art machen diese Gemeinden Erfahrungen mit Fotovoltaikanlagen ohne eigenes Geld auszugeben oder Anlagen vorzufinanzieren.

In einer Gemeinde wurde das Beratungsangebot von IZES für die konkrete Planungsunterstützung weiterer Fotovoltaikanlagen genutzt. Der Vor-Ort Besuch ergab ein realistisches Potenzial von 150 kW für weitere Fotovoltaikanlagen auf mindestens sieben Dächern. Die meisten davon sind Schulen und daher optimal für eine positive Darstellung in der Öffentlichkeit geeignet. Die betroffene Gemeinde profitiert von Zuwendungen aus dem Interreg –Programm für Ziel II Gebiete mit einer finanziellen Unterstützung von bis zu 40% der gesamten Investmentkosten.

Zusätzlich zu eigenen Erfahrungen hatten drei weitere Kommunen in der Vergangenheit eigene Unterstützungsprogramme für eine Erhöhung der Anzahl an Fotovoltaikanlagen für ihre Einwohner aufgelegt. In einer Gemeinde gibt es ein solches Programm auch weiterhin.

Strategien und Zielvorgaben zur Energieproduktion

Keine der befragten Gemeinden hat eigene Energie- Strategien, und nur zwei von ihnen verfügen über eine systematische und aktuelle Kontrolle des

Energieverbrauchs ihrer öffentlichen Gebäude. Daher hat auch keine der befragten Gemeinden politische Zielvorgaben formuliert, um den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien zu erhöhen.

Einige haben aber bereits Alternativen für zu ersetzende, alte Heizsysteme untersucht. Andere haben Wärmedämmmaßnahmen an Gebäudehüllen durchgeführt und alte Fenster in ihren Gebäuden ausgetauscht. Solche Maßnahmen sind teilweise bereits durch die Energieeinsparverordnung, eine nationale Verordnung für den Gebäudebereich, vorgeschrieben.

“Grüner Strom” in Gemeinden

Keine der befragten Gemeinden bezieht “grünen” Strom für gemeindeeigene Gebäude.

HEMMISSE UND UNTERSTÜTZUNG

Hemmnisse

Die größten genannten Hemmnisse stellen in allen Kommunen Finanzierungsprobleme dar. Das liegt daran, dass der Investitionshaushalt nahezu aller Gemeinden durch die Innenrevision der Landesregierung stark begrenzt ist. Da dieses Prinzip bereits seit vielen Jahren vorherrscht, gibt es mittlerweile einen langen Investitionsstau für fast alle kommunalen Projekte. Hinzu kommt, dass Investitionen in Fotovoltaik im Vergleich zu anderen kommunalen Aufgaben in der Prioritätenliste weit hinten rangieren. In einigen Fällen konnte die Beratung von IZES dazu beitragen, einen neuen Denkanstoß zu liefern, dass sich Investitionen in die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien in zwanzig Jahren refinanzieren, andere kommunale Investitionen hingegen nie.

Unterstützung

Die Informationen für die Gemeinden im Rahmen des Wettbewerbs wurden als Chance angesehen, nochmals Anstrengungen zu unternehmen, mehr private Interessenten auf die finanziellen Vorteile des EEG und die Zuverlässigkeit von Fotovoltaikanlagen auf privaten Dächern hinzuweisen. In vier Gemeinden wurde das Angebot, Informationsabende für die Öffentlichkeit anzubieten, als sehr positiv aufgenommen. In zwei Gemeinden wollte die befragte Person selbst potenzielle InteressentInnen für Biogas- und kleine Wasserkraftanlagen ansprechen und auf das Beratungsangebot von IZES verweisen.

Für etwa die Hälfte der Gemeinden wäre eine kleine RES e Broschüre hilfreich, die die wichtigsten und am häufigsten gestellten Fragen beantworten könnte, und die Vorteile der Refinanzierung durch das EEG und die damit verbundene Wirtschaftlichkeit herausstellen würde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Interviews und der Wettbewerb scheinen ein geeignetes Mittel darzustellen, um das Bewusstsein über technische und wirtschaftliche Machbarkeit von Fotovoltaikanlagen zu erhöhen, was hoffentlich zu mehr öffentlichen und privaten Aktivitäten in diesem Bereich führen wird.

Außer der „Königsdisziplin“ Fotovoltaik unter den RES e Techniken für Gemeinden und private Interessenten, können konkrete Beratungsangebote für Hausbesitzer, Landwirte oder Eigentümer von Wasserrechten neue Biogasprojekte oder kleine Wasserkraftanlagen realisieren helfen.